

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2012

„Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ unterzeichnen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

Die Fraktion der CDU hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat den Beschluss der Bürgerschaft vom 27.09.2011, sich der Koalition gegen Diskriminierung anzuschließen und die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu unterzeichnen?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat bisher unternommen, die in der Drs. 18/62 geforderten Maßnahmen zur Antidiskriminierung umzusetzen und so einen Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung vorzubereiten?
3. Wann plant der Senat die offizielle Unterzeichnung der Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt den Beschluss der Bürgerschaft.

Zu Frage 2: Bremen hat in den vergangenen zehn Jahren Gender Mainstreaming als Verwaltungsprozess implementiert. Ein danach ausgerichtetes Verwaltungshandeln überprüft die Wirkungen seines Handelns nicht nur im Hinblick auf männlich/ weiblich, sondern fragt gegebenenfalls auch nach Verschiedenheiten auf Grund des Alters, der Elternschaft, der Herkunft etc. Damit verfügt die Verwaltung über ein Strukturelement, um unterschiedliche Behandlungen der verschiedenen Gruppen sichtbar zu machen.

Zudem sind in Bremen eine Vielzahl von Beratungsstellen tätig, um zum Abbau gesellschaftlich existierender Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen beizutragen und Betroffene zu unterstützen. Bremen verfügt über einen Landesbehindertenbeauftragten, eine Integrationsbeauftragte, die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF), ein Fachreferat Ältere Menschen und eine breitgefächerte Szene von Nichtregierungsorganisationen.

Zu Frage 3: Der Präsident des Senats hat zusammen mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die Leiterin der Bundesantidiskriminierungsstelle empfangen. Es ist vereinbart, am 19. März 2012 die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu unterzeichnen.